

Änderungsantrag

der Abgeordneten Frau Kelly und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)
— Drucksache 11/3180 —

zu dem Antrag der Abgeordneten Frau Kelly und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/362 —

Errichtung einer internationalen Begegnungsstätte für Frieden und Versöhnung
in Gernika, Baskenland

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/483 —

Geste des Friedens und der Freundschaft durch die Bundesrepublik Deutschland
gegenüber der baskischen Stadt Guernica in Spanien

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung – Drucksache 11/3180 – erhält folgende Fassung:

„1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Zerstörung der Stadt Guernica/Gernika am 26. April 1937 durch deutsche Kampfflugzeuge war einer der ersten Luft- und Bombenangriffe auf die wehrlose, unbewaffnete Zivilbevölkerung einer Stadt. Das brennende Guernica/Gernika ist zum Symbol des Beginns einer Epoche neuer mörderischer Kriegstechnik geworden: Der gezielte Luftangriff auf Zivilisten, auf Kinder, Frauen und Männer, die am Kriegsgeschehen nicht beteiligt sind.

Darüber hinaus ist Guernica/Gernika das Symbol für die Beteiligung der Hitlerdiktatur an der Unterdrückung des spanischen Volkes durch die Franco-Diktatur.

Im Jahr 1987 wurde zum 50. Mal dieses Luftangriffs gedacht. Dieser 50. Jahrestag mahnt uns Deutsche zu einer Geste des Friedens und der Freundschaft.

Nach der Zerstörung von Guernica/Gernika sind während des Zweiten Weltkriegs und nach 1945 zahllose Städte durch diese

damals ‚neue Kriegstechnik‘ zerstört worden: Nach Guernica/Gernika kamen Coventry, Rotterdam, Hamburg, Dresden; ihnen folgten Hiroshima und Nagasaki. In den über 150 Kriegen seit 1945 sind immer wieder Zivilisten die ersten Ziele der Luftangriffe geworden, ja die Waffentechnik hat sich immer mehr in den Dienst der Vernichtung von Wehrlosen gestellt.

2. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, den baskischen Plan eines Zentrums für Friedensforschung zu unterstützen.
3. Der Deutsche Bundestag begrüßt das Zustandekommen einer Partnerschaft der Stadt Pforzheim mit der Stadt Guernica/Gernika und der Region.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, diese Städtepartnerschaft aus Haushaltsmitteln des Auswärtigen Amtes besonders zu fördern. Im Vordergrund sollen die Begegnungen der Menschen, besonders von Jugendlichen, und kulturelle Veranstaltungen stehen.

4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, durch Stipendien baskische Studenten/innen und Künstler/innen zu unterstützen.“

Bonn, den 9. November 1988

Frau Kelly

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion